



DIALOG FORUM | Schillerstraße 59 | D-10627 Berlin
T: +49 30 26931460 | www.forumdialog.eu | Redaktion@forumdialog.eu

Presseschau, 26. Oktober bis 1. November 2023

In der vergangenen Woche ging es in den polnischen Medien etwas ruhiger zu, was nicht zuletzt auf den Feiertag Allerheiligen zurückzuführen war, der ein wenig Abstand zur Politik verschaffte. Gleichwohl berichteten die Medien weiterhin über die von der demokratischen Opposition geführten Gespräche, die der Vorbereitung der möglicherweise in Kürze zu erwartenden Regierungsbildung dienen. Ein weiteres Thema sind die Bestrebungen von Ministerpräsident Mateusz Morawiecki und seiner Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS), an der Regierung zu bleiben, auch wenn die Chancen dafür gering sind. Immer mehr ins Gespräch kommen die öffentlichen Medien, ihr Zustand und die Pläne der neuen Regierung, sie von der Vorherrschaft einer einzigen Partei zu befreien.

Koalitionsgespräche

Im Mittelpunkt des Interesses stehen weiterhin die von der demokratischen Opposition geführten Gespräche auf dem Weg zu einer formalen Koalitionsbildung und zur Vorstellung der Zusammensetzung des neuen Kabinetts. Die *Rzeczpospolita* berichtet, alle Personalfragen sollen „vor der konstituierenden Sitzung des Sejm entschieden sein, die am Montag, den 13. November stattfinden soll. Der Sejm soll auf dieser Sitzung seinen Marschall ernennen, und das wird für die Opposition die erste Gelegenheit sein, die politische Initiative zu ergreifen“,¹ schreibt Michał Kolanko.

¹<https://www.rp.pl/polityka/art39348371-kiedy-ko-trzecia-droga-i-nowa-lewica-porozumieja-sie-ws-ksztaltu-rzadu>

Die *Gazeta Wyborcza* berichtet, an den Verhandlungen seien die Parteivorsitzenden beteiligt, und alle hätten sich darauf verständigt, bis zum Ende der Gespräche Stillschweigen zu bewahren. „Wir teilen keine Teilergebnisse mit, um keine Verwirrung zu stiften,“ so gibt ein führender Politiker der Bürgerplattform (PO) zu verstehen. „Wir wissen, worauf PiS hinauswill, wir wissen, dass jeder von uns verkündete Name sofort auf dem Kanal TVP Info angegriffen würde. Aber wir lassen nicht mit uns diese Spielchen treiben“,² so zitiert die Zeitung ihren anonymen Gesprächspartner.

Kamil Dziuba berichtet auf *onet.pl*: „Wie zu hören ist, besteht die Möglichkeit, dass, noch bevor der Präsident einen Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten designiert, die KO [Bürgerkoalition], der Dritte Weg und die Linke eine gemeinsame, von allen 248 Sejmabgeordneten dieser Gruppierungen unterschriebene Erklärung vorstellen wird. „Das ist technisch zu machen am Tag der konstituierenden Sitzung des Sejm. Wir denken darüber nach. Das wäre ein Signal, das der Herr Präsident absolut nicht ignorieren könnte,“ gibt jemand zu verstehen, der Einblick in die Verhandlungen hinter verschlossenen Türen hat.“³

Rafał Ziemkiewicz wagt in *Do Rzeczy* einen Blick in die weitere Zukunft und sagt den baldigen Zerfall der neuen Koalition voraus: „Ich halte es nicht für ausgeschlossen, dass Donald Tusk den verzweifelten Versuch unternimmt, vorgezogene Neuwahlen zu verkünden, um damit seine lästigen Koalitionspartner loszuwerden.“⁴

Recht und Gerechtigkeit gibt nicht klein bei

Obwohl PiS über keine Sejmmehrheit verfügt und daher praktisch keine Chance auf die Bildung einer Koalition hat, welche wirkliche Macht ausüben könnte, stellt sich die Partei störrisch und erklärt ihren Willen, die Regierung zu bilden und Mateusz Morawiecki für das Amt des Ministerpräsidenten zu designieren.

Nach Gesprächen mit Vertretern aller im neuen Sejm vertretenen Parteien fasste Präsident Andrzej Duda zusammen: „Wir haben zur Zeit zwei seriöse Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten.“⁵ Wie *Onet* mitteilt, habe der Präsident erklärt, er müsse „mit Rücksicht auf die ‚neue Lage‘ in der Politik darüber nachdenken, wen er mit der Regierungsbildung beauftragen“ werde.⁶

²<https://wyborcza.pl/7,75398,30359703,rotacyjny-marszalek-sejmu-o-co-chodzi-w-pomysle-opozycji.html>

³<https://wiadomosci.onet.pl/tylko-w-onecie/kulisy-negocjacji-koalicyjnych-mozliwy-bezprecedensowy-ruch/8y1gt60>

⁴<https://dorzeczy.pl/opinie/497199/ziemkiewicz-czy-czekaja-nas-przyspieszone-wybory-i-rzad-na-pol-kadencji.html>

⁵<https://wiadomosci.onet.pl/kraj/andrzej-duda-podsumowal-powyborcze-konsultacje-z-nowym-parlamentem/8k8cdqj>

⁶Tamże

Auf die Frage, wie sich diese Lage für Recht und Gerechtigkeit darstellt, antwortet Krzysztof Łapiński, früherer Sprecher von Präsident Andrzej Duda, in der *Rzeczpospolita*: „[...] anscheinend benötigt PiS eine Art Symbol, einen Mythos, um – ähnlich wie beim Sturz der Regierung Jan Olszewski [1992; A.d.Red.] den Wählern zu zeigen: Wir haben bis zum Ende gekämpft, unser Kandidat hat sein Resümee vorgestellt, ein Programm für eine weitere Amtszeit, aber dann hat sich eine Koalition aller gegen uns gebildet, so dass wir keinen Rat mehr wussten. Vielleicht geht es mehr um die Symbolik, den Wählern zu zeigen, den Parteimitgliedern zu zeigen, wir hätten ‚bis zum Ende‘ gekämpft.“⁷

Karolina Lewicka überlegt in *NaTemat*, wieso Präsident Andrzej Duda weiterhin behauptet, es gebe zwei gleichwertige Kandidaten für das Amt des Regierungschefs, Tusk und Morawiecki, und stellt Überlegungen zu Dudas möglichen Hinterabsichten an: „Der Ministerpräsident ist einer der Anwärter darauf, Kaczyński zu beerben, und seine Schwächung ist im Interesse Dudas, wenn er nach 2025 einen Teil der Erbmasse von PiS übernehmen will. Wenn Morawiecki auf mögliche Koalitionäre wartet, wartet er gleichermaßen auf Godot, macht sich lächerlich und demütigt sich. Es wird ihm schwerfallen und lange dauern, sich von einer solchen Niederlage zu erholen.“⁸

Die öffentlichen Medien

Ein ständiges Thema der Medienberichterstattung ist die Lage der öffentlichen Medien, die sich in völliger Abhängigkeit vom aktuellen Regierungslager befinden, dessen Propagandasprachrohr sie bilden, und was daraus nach der Regierungsübernahme durch die bisherige Opposition wird. Diese hat viele Male die Entpolitisierung der öffentlichen Medien angekündigt. Doch die Partei Recht und Gerechtigkeit tut alles, um ihren Einfluss zu wahren. Jacek Nizinkiewicz schreibt in der *Rzeczpospolita*: „Die PiS-Partei will ihren Einfluss in den öffentlichen Medien so lange wie möglich behalten. Der Sender TVP hat gar eine Infolinie ‚zur Verteidigung des Medienpluralismus‘ eingerichtet. Die Mitarbeiter des Senders haben einen Brief zur Freiheit des Wortes aufgesetzt. Dieselben, die jahrelang einseitige Berichterstattung zur Unterstützung der Regierung betrieben, die Opposition als Volksverräter hinstellten, Politiker und Publizisten, die nicht auf der Parteilinie von TVP lagen, nicht in die wichtigen Sendungen einluden.“⁹

Bogusław Chrabota von derselben Redaktion nennt den Medienkonzern Polska Press „die

⁷<https://www.rp.pl/polityka/art39352291-krzysztof-lapinski-pis-probuje-stworzyc-rzad-dla-mitu-jak-przy-rzadzie-jana-olszewskiego>

⁸<https://natemat.pl/520819,felieton-lewickiej-andrzej-duda-rznie-glupa-tylko-po-co>

⁹<https://www.rp.pl/polityka/art39350991-pis-zaminowalo-tvp>

Arche Noah des Vorsitzenden Kaczyński“: „Wir konnten uns sehr schnell davon überzeugen, dass der Vorsitzende Jarosław Kaczyński keine leeren Worte macht, auch nicht dazu, seine Erfüllungsgehilfen aus den öffentlichen Medien zu entfernen. Eine rettende Idee wäre, den Konzern Polska Press rasch zu verkaufen, der, würde er weiter eine Tochtergesellschaft [des Mineralölkonzerns] Orlen bleiben, umgehend der Opposition in die Hände fallen würde. Daher ist auf der Stelle ein Investor zu finden, am besten ein politisch absolut vertrauenswürdiger, dem man das aus dem letzten Loch pfeifende Ungetüm verkaufen könnte, um diese einigen hundert oder einigen tausend Pfründen in seinen Eingeweiden weiter in der Hand halten zu können.“¹⁰

Agnieszka Kublik berichtet in der *Gazeta Wyborcza* über die Aktivitäten des Chefs des Landesrats für Rundfunk und Fernsehen (KRRiT), das ebenfalls darauf ausgerichtet ist, der PiS-Partei ihren Einfluss in den Medien zu erhalten: „Im KRRiT werden die Statuten der Mediengesellschaften durchgesehen, um die Interessen von PiS zu sichern. Denn Kaczyński weiß bereits, dass die neue Regierung der Partei die Kontrolle über TVP und das Polnische Radio nehmen wird.“¹¹

Die regierungsnahen und von der Regierung großzügig dotierten Medien schlagen Alarm, rufen um Hilfe, schreiben einen offenen Brief und erbitten dringlich Unterstützung. Die Ankündigung, die öffentlichen Medien vom Parteieinfluss zu befreien, nennen sie Säuberungen, Rache, sie schreiben von angeblichen Proskriptionslisten für Journalisten. Es wurde gar ein „Brief zur Verteidigung des freien Wortes“ veröffentlicht, unterschrieben unter anderem von [dem Fernsehjournalisten] Michał Adamczyk, Dorota Kania, der Chefin von Polska Press, den Karnowski-Brüdern [Michał und Jacek Karnowski, Journalisten und Fernsehmoderatoren; A.d.Ü.] und [dem Journalisten und Moderator] Bronisław Wildstein. In dem offenen Brief heißt es: „Wir warnen, dass die politischen Kräfte, die sich als Wahlsieger fühlen, die heute schon in den Medien stark sind und in allen Bereichen dominieren, beabsichtigen, die Freiheit des Wortes und den Pluralismus in Polen vollkommen aufzuheben. Nämlich um heimlich, still und leise den Staat zu zerstören und die Polen zu bestehlen, wie das in der Vergangenheit schon geschehen ist.“¹²

Tweet der Woche

Donald Tusk, Vorsitzender der KO, Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten: „Wir sind bereit. Sie werden sicher noch etwas auf Zeit spielen, aber das ist alles, was sie noch tun können.“

¹⁰<https://www.rp.pl/komentarze/art39348141-boguslaw-chrabota-polska-press-arka-noego-prezesa-kaczynskiego>

¹¹<https://wyborcza.pl/7,75398,30358189,swirski-w-sluzbie-pis-ma-szukac-sposobu-by-zapewnic-partii.html>

¹²<https://wpolityce.pl/media/668147-ostregamy-polakow-wolnosc-slowa-zagrozona-jak-nigdy>

Wir werden Euren Sieg nicht vergeuden.“¹³

Bearbeitung: Anna Wróblowska

Aus dem Polnischen von Andreas R. Hofmann

¹³<https://twitter.com/donaldtusk/status/1718168231586734191>